

presse

Fusion von Charité und Max-Delbrück-Centrum: Gesamtkonzept ist nötig

Anlässlich der Ankündigung einer engeren Kooperation von Charité und Max-Delbrück-Centrum erklärt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann:

Es fehlt ein Gesamtkonzept für verstärkte Kooperationen von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland. Bundesministerin Schavan wertet lieber an „Insellösungen“ nach politischer Wetterlage, anstatt wissenschaftsgeleitet ein tragfähiges Konzept für die Fortsetzung der Exzellenzinitiative erarbeiten zu lassen, kritisiert Ernst Dieter Rossmann.

Mehr Geld für die Berliner Forschung und eine engere Kooperation von Universitätsklinik und der außeruniversitären Forschung ist ein guter Weg für Berlin, den die SPD-Bundestagsfraktion ausdrücklich unterstützt. Was fehlt ist aber ein Gesamtkonzept für verstärkte Kooperationen von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland insgesamt. Bundesministerin Schavan wertet lieber an "Insellösungen" nach politischer Wetterlage, anstatt wissenschaftsgeleitet ein tragfähiges Konzept für die Fortsetzung der Exzellenzinitiative erarbeiten zu lassen.

Was Frau Schavan bisher betreibt, ist somit reine anlassbezogene Forschungspolitik. Auf klare Prioritäten, Ziele und Strukturen warten Öffentlichkeit wie auch Akteure vergebens.

Besonders bedenklich ist, dass Frau Schavan erneut den Wissenschaftsrat als Beratungseinrichtung von Bundesregierung, Ländern und Bundestag beschädigt. Noch bevor dieser ein Konzept zur Fortführung der Exzellenzinitiative vorlegen kann, schafft Frau Schavan schon Tatsachen.

Wir als SPD setzen hingegen auf die Empfehlungen der Wissenschaft, um im Anschluss eine fundierte und ergebnisoffene politische und wissenschaftliche Diskussion zur Zukunft der Exzellenzinitiative nach 2017 zu führen. Das Thema ist für parteipolitische Profilierungen zu wichtig.

Die Zusammenschlüsse von Hochschulen und Forschungszentren ersetzen kein Exzellenzkonzept. Aber auch sie müssen wissenschaftsgetrieben erfolgen und ebenso effektiv wie unbürokratisch sein. Dazu ist aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion eine entsprechende Grundgesetzänderung notwendig, damit Bund und Länder in Bildung und Forschung enger zusammen arbeiten können. Die SPD hat hier bereits ein Angebot gemacht.